

Annaburger Zeitung

Wochenblatt für Annaburg und die umliegenden Gemeinden

Erscheint wöchentlich dreimal, am Dienstag, Donnerstag und Sonnabend, nachmittags 3 Uhr.
Bezugspreis wird monatlich festgesetzt.
Bestellungen nehmen alle Postanstalten und die Zeitungsverleger, die Zeitungsboten und die Geschäftsstelle Forquardt 3, entgegen.
In Fällen höherer Gewalt, Streik, Betriebsstörung usw. erfolgt jeder Anspruch auf Verlegung beim Rückzahlung des Bezugspreises.

Amtliches
Publikations-Organ



für Amts- und
Gemeinde-Behörden

Die Anzeigengebühr beträgt für den 1 Millimeter hohen Raum 5 Goldpfennig, für Anzeigen im amtlichen Teil 10 Goldpfennig, im Reklameteil 30 Goldpfennig, einzeln Umlaufsteuer. Schmächtiger und tabellarischer Satz mit Aufschlag.
Anzeigenannahme bis Dienstag, Donnerstag und Sonnabend vormittags 8 Uhr. Anzeigen größeren Umfangs werden tags vorher erbeten.

Telegr.-Adresse: Zeitung Annaburg-Gebühle.

Nr. 124.

Sonnabend, den 15. Oktober 1932.

35. Jahrg.

Entdeckungen über die abgeklickte Preußen-Regierung Millionen aus der Preußenkasse für politische Propaganda

Der Untersuchungsausschuß des Preussischen Landtags zur Nachprüfung der Geschäftsabrechnung des früheren preussischen Finanzministers Dr. Klepper bei der Preußenkasse, der Richtertribunal und der Domänenverwaltergesellschaft hat zu seiner ersten öffentlichen Sitzung zusammengetreten. Die Sitzung wurde von dem Vorsitzenden, Abgeordneter Dr. Zühlke (Dm.) eröffnet, zunächst, daß ursprünglich in Aussicht genommen worden sei, vor den Reichstagswahlen den Ausschuss nicht mehr tagen zu lassen. Er habe aber bereits am 6. Oktober von der Regierung so wichtiges Material erhalten, daß es nach seiner Ansicht der Öffentlichkeit so schnell wie möglich unterbreitet werden müsse.

Zu letzter Geschäftsabrechnungsausgabe wandten sich darauf Sozialdemokraten und Zentrum gegen die sofortige Abhaltung der Sitzung. Der Vorsitzende wies sozialdemokratische Vorwürfe wegen parteipolitischer Rücksichtnahme als nicht zureichend zurück. Von deutschlandischer Seite wurde den Sozialdemokraten erwidert, daß sie offenbar alles Interesse daran hätten, die Vorgänge vor den Wahlen nicht an die Öffentlichkeit gelangen zu lassen. Ein von den Sozialdemokraten gestellter Verbotsantrag wurde gegen die Antragsteller und das Zentrum abgelehnt.

Die Untersuchung wurde vom Preussischen Landtag gefordert, weil der dringende Verdacht besteht, daß, wie es in dem Bericht des deutschnationalen Abgeordneten Ziemer heißt, Klepper aus einem Vertriebskonto teilweise auf Veranlassung von Mitarbeitern der früheren preussischen Regierung Braun-Virtfelder und auf Veranlassung führender Politiker, die der Regierung nahestanden, zum Schaden der Preussischen Zentralgenossenschaftsliste und damit indirekt zum Schaden des Preussischen Staats Haushaltungsbudgets, die gegen seine dienstlichen Pflichten und teilweise auch gegen das Strafgesetz schwerwiegend verstoßen.

Es handelt sich um fünf Einzelhandlungen, und zwar:
1. das sogenannte "Sonderkonto A", einen schwarzen Fonds, den sich Klepper durch gewisse bankmäßige Manipulationen angeeignet hatte,
2. die Finanzierung der der Sozialdemokratie nahestehenden Zeitschrift "Magazin der Wirtschaft",
3. den "Bank der Staatssekretäre Dr. Abegg",
4. das "Zwei-Millionen-Geschäft der Stadt Köln" und
5. die Finanzierung der Kölnischen Volkszeitung.
Der Berichterstatter des Untersuchungsausschusses ist der Ansicht, daß diese fünf Fälle nur einen Zeilanschnitt des gesamten Untersuchungskomplexes darstellen, daß aber die jetzt zur Beurteilung stehenden Fälle so schnell wie möglich zuerst geklärt werden müssen.

Zu den einzelnen Punkten führte der Berichterstatter Abgeordneter Ziemer (Dm.) aus: Dr. Klepper habe über ein "Sonderkonto A" verfügt. Dieses Konto sei von Klepper benutzt worden, um ihm Geldbeträge zur Erweiterung persönlicher oder parteipolitischer Geldverhältnisse zu entnehmen. Er habe dieses Verfahren sogar noch fortgesetzt, als er preussischer Finanzminister geworden sei. In den Wochen des preussischen Wahlkampfes seien besonders häufig Abgänge von diesem Konto zu verzeichnen. Die während der Ministerkrisis Kleppers über den Direktor der Domänenbank, Dr. Schmidt, abgebrochenen Beträge hätten absichtlich unter dem dringenden Verbot, als direkte oder indirekte Wahlkampfabgaben der drei Negierungsparteien verwendet werden zu sein. Schmidt sei die evidentste Verbindung des Ministers, Richtertribunal des früheren Parteipolitikers Abgeordneten Schöberl de Wente und auch des Ministerpräsidenten Braun erforderlich. Aus dem "Sonderkonto A" seien u. a. 20.000 Mark dem früheren Ministerialdirektor Dr. Pfeifer zugeflossen.

Der Bericht wendet sich dann Vorgängen zu, die mit der wirtschaftspolitischen Wochenzeitschrift "Magazin der Wirtschaft" zusammenhängen. Obwohl es weder Aufgabe der Preußenkasse noch der Domänenbank sein könne, die Journalistik eines Verfalls Betriebes zu finanzieren, hätten Klepper und Doktor Schmidt eine Regelung getroffen, nach der die Domänenbetriebsgesellschaft über schriftlichen Vertrag im Spätsommer 1929 dem Verfall für das "Magazin 115.000 Mark als Darlehen ausbezahlt habe.

Weiter schließt der Berichterstatter die Vergabe eines Kredites der Preußenkasse an den ehemaligen Staatssekretär des Innenministeriums, Dr. Abegg.

Mitte dieses Jahres habe die Bekämpfung 17.600 Mark betragen. Erst Anfang September habe Dr. Abegg die Mittel zurück zur Verfügung des Ministers Richtertribunal gestellt. Die Handhabung der Mittel damit erklärt, daß ihm die Notwendigkeit einer Anhebung der Zinsen nicht bekannt gewesen sei. Der Berichterstatter ging weiter auf die Vergabe eines 12-Millionen-Kredites an die Stadt Köln ein. Dieser Kredit sei bis heute noch nicht zurückgezahlt. Um die Kreditveränderungen habe sich immer wieder Dr. Abegg unter Einschaltung des Ministers Richtertribunal bemüht. Als durch die Bankentzwei vom Juli 1931 auch die Verhältnisse dieses mit dem Aufgabenteil der Preußenkasse nicht zu vereinbarendes Geschäftes äußerst schwierig geworden seien, seien auch die obersten Spitzen der Zentrumspartei, Staatsrat Dr. Raas und Reichsminister Dr. Brüning, eingeschaltet worden, die am 11. Juli 1931 den Reichsbankpräsidenten Dr. Lohse ersucht hätten, die Rückzahlung zu veranlassen, dieses Geschäft anders als sonstige Kreditgeschäfte zu behandeln.

Der letzte vom Berichterstatter vorgetragene Fall bezieht sich auf die Kölnische Volkszeitung. In einer Besprechung von Zentrumspolitikern sei darüber festgestellt worden, daß der Preussische Staat zwar demokratischen Zielungen gegenüber eine offene Hand habe, den Zielungen des Zentrums gegenüber aber nicht. Um dieser Ungleichheit abzuhelfen, sei der Plan erwirkt worden, den Preussischen Staat an der Kölnischen Volkszeitung finanziell zu beteiligen. In einer Besprechung zwischen Braun, Richtertribunal und dem Finanzminister Schöler-Virtfelder habe der letztere aber eine Beteiligung des Staates nicht für möglich gehalten. Präsident Klepper sei daher konstatieren worden, das Geschäft aus Mitteln der Preußenkasse zu machen. Zu diesem Fall sei die Heimbahn dazwischengeschoben worden. Ingesamt seien 2.330.000 Mark aus Mitteln der Preußenkasse über die Heimbahn zum Erwerb von Aktien der neugründenden Görreshaus-WG (Kölnische Volkszeitung) verwendet worden. Später seien noch 120.000 Mark für Aktien der Germania hinzugekommen. Es handele sich hier um eine aus parteipolitischen Motiven unter Schädigung der Preußenkasse durchgeführte Subventionierung der damaligen Neuerungspresse.

Nach Entgegennahme des Berichts wurde beschlossen, die nächste Sitzung am Dienstag abzuhalten und zunächst die Materie der Kölnischen Volkszeitung zu behandeln. Als Zeugen vernommen werden sollen u. a. der ehemalige Ministerpräsident Braun, die früheren Minister Schöler-Virtfelder und Richtertribunal, Dr. Klepper, Staatsrat Raas, Konrad Maus und der Vorsitzende der Rheinischen Zentrumspartei Münnig.

Mit den Stimmen der Nationalsozialisten und der Deutschnationalen bei Stimmhaltung der Kommunisten wurde ein nationalsozialistischer Antrag angenommen, wonach die zuständige Staatsanwaltschaft ersucht wird, auf Grund des Berichtes und des Untersuchungsmaterials gegen die schuldigen Personen ein Strafverfahren einzuleiten und diese Personen sofort zu verhaften. Die Nationalsozialisten stellten fest, daß ihr Antrag sich in erster Linie gegen Dr. Klepper richte.

Antrag auf Verhaftung Kleppers dem Staatsanwalt zugestellt.

Der Vorsitzende des Klepper-Untersuchungsausschusses des Preussischen Landtages, der deutschnationalen Abgeordnete Dr. Zühlke, hat den in der Sitzung des Ausschusses angenommenen Antrag gegen Klepper inzwischen dem zuständigen Staatsanwalt zugestellt. Der Antrag hat endgültig folgende Fassung: Der Ausschuss wolle beschließen, den zuständigen Staatsanwalt mit der Einleitung eines Strafverfahrens gegen den Finanzminister Dr. Klepper und die etwa damit beteiligten Personen zu beauftragen und die etwa in Betracht kommenden Personen, soweit Gründe aus Fluchtverdacht mit Rücksicht auf die Höhe der zu erwartenden Strafen oder wegen Verurteilungsgefahr vorliegen, verhaften zu lassen.

Wie von zuständiger preussischer Stelle verlautet, hat das Finanzministerium nun nach dem Bekanntwerden der gegen die Geschäftsführung der Preußenkasse und der von ihr abhängigen Institute im Untersuchungsbericht des Landtages erhobenen Vorwürfe pflichtgemäß eine Untersuchung eingeleitet. Es sind zunächst die beteiligten Sachbearbeiter vernommen worden, ebenso wurden die in Frage kommenden

Bankkonten geprüft. Eine Aufklärung des früheren Finanzministers Klepper ist mit Rücksicht auf das Verfahren Preußen-Reich vor dem Staatsgerichtshof bisher noch nicht eingeholt worden.
In der Angelegenheit des Zwei-Millionen-Kredites an die Stadt Köln hat eine kleine Anfrage der Deutschnationalen der kommissarischen preussischen Regierung Veranlassung gegeben, den Regierungspräsidenten in Köln zu beauftragen, den Oberbürgermeister Kölns um eine Stellungnahme zu ersuchen. Diese Aufklärung steht noch aus. Die Staatsregierung sei daher zur Zeit zu einer abschließenden Erklärung zu den erhobenen Vorwürfen nicht in der Lage.

Zentralgenossenschaftsliste geht an das Reich über.

Die Beratungen des Reichskabinetts. — Ein Brief des Reichskabinettssekretärs.
Das Reichskabinettssekretariat beschäftigte sich in Anwesenheit des Reichsbankpräsidenten Lohse mit einer Reihe von Fragen. U. a. wurde auch das Schreiben des Reichsbankdirektors an die Reichsregierung, das sich mit den Auswirkungen der Kontingentspolitik befaßt, gestreift. Zu diesem Schreiben verlaute auf zuständiger Stelle, die Reichsregierung wolle in Absprache mit der Reichsbank fest, daß über einen internen Umschichtungsplan keine Maßnahmen ergriffen werden könne. Das eine oder könne festgelegt werden, daß eine Befreiung der Währung nicht behauptet werden sei und auch nicht vorliege. Die Frage der Kontingentspolitik als solche wurde im Reichskabinetts nicht behandelt.

Das Reichskabinettssekretariat beschäftigte sich weiter abschließend mit der Beurteilung der Preußenkasse, d. h. mit der Umwandlung der Preußen in eine Deutsche Zentralgenossenschaftsliste. Am gleichen Tage soll die finanzielle Vereinigung der listig gewordenen Kreite der Preußenliste erfolgen. Dies soll durch den Erlass einer Verordnung des Reichspräsidenten geschehen, in der die Reichsregierung zur Ausgabe von Schatzanweisungen für das neue Institut ermächtigt wird. Mit den hierfür auszugebenden Reichsmitteln wird das neue Institut endgültig auf das Reich übergeben. Gleichzeitig soll eine Neuregelung der Arbeitsweise des Instituts durch verantwortliche Geschäftsführer und landwirtschaftlichen und genossenschaftlichen Selbstverwaltungskörper und der Länder erfolgen. Mit der dadurch gleichzeitig eingeleiteten Sanierung des Genossenschaftswesens im ganzen Reich soll weiterhin eine Sonderregelung für die Genossenschaften im Holzsektor erfolgen, durch die die obdenklichen Genossenschaften vor allen unentbehrbaren Forderungen der festgesetzten Verbtrieben und unabhängig von ihrer etwaigen Umschuldungsfähigkeit befreit werden.

Kurze politische Nachrichten.

Der Untersuchungsausschuß der Allgemeinen Deutscher Vereinigung in Paris hat jetzt in einem Rundschreiben gegen die von der französischen Regierung beschlossenen Gehaltskürzungen Stellung genommen. In dem Rundschreiben heißt es u. a., daß die Vereinigung mit allen ihr zur Verfügung stehenden Mitteln die Maßnahmen bekämpfen werde. Der Untersuchungsausschuß hat die Schaffung einer besonderen Klasse beschlossen, durch die der Widerstand auch auf finanzieller Grundlage organisiert werden soll.

Vor dem Militärgericht in Wina fand ein Prozeß gegen 2 Soldaten der polnischen Armee statt, die sich sämtlich wegen Zugehörigkeit zur kommunistischen Partei und kommunistischer Arbeitstätigkeit zu verantworten hatten. 26 Angeklagte wurden zu insgesamt 134 Jahren schweren Kerkers verurteilt. Die beiden Hauptangeklagten erhielten je neun Jahre schweren Kerkers.

Reichsinnenminister Kreibitz von Gaus wird von dem Reichskabinettssekretariat durch das obbayerische Reichsgebiet, vor allem das Waldgebiet des Franconwaldes und des Bamberger Waldes, antreten. Auf Bitte der bayerischen Regierung wird sich der Minister selbst von der besonderen Lage in diesen Gegenden überzeugen.

Die Vier-Mächte-Konferenz

Frankreich kommt zur Viermächte-Konferenz.

Aber das Resultat der englisch-französischen Besprechungen in London wird vom französischen Auswärtigen Amt folgende Mitteilung ausgegeben: „In London hat ein Meinungsaustrausch zwischen Macdonald, Simon und Herriot über den britischen Vorschlag einer Konferenz zwischen Frankreich, England, Deutschland und Italien stattgefunden, die den Zweck haben soll, die Schwierigkeiten zu lösen, die sich gegenwärtig in Genf geltend machen. Die Minister haben sich in der Auffassung geeinigt, daß die Konferenz die vier oben genannten Mächte umfassen soll und daß Genf der geeignete Tagort ist.“

Die britische Regierung sucht infolgedessen um die Zustimmung der beiden anderen Regierungen nach. Die Konferenz wird „offiziellen und präliminären Charakter“ tragen. Gegenstand der Tagung ist Prüfung und Vorschlag von Mitteln, die geeignet sind, der Abrüstungskonferenz die wirksame Wiedereröffnung des gemeinsamen Werkes im Rahmen des Völkerbundes zu gestatten.

Herriot gibt falsche Parolen aus.

Der französische Ministerpräsident Herriot ist nach Beendigung seiner Londoner Besprechungen mit Macdonald wieder nach Paris zurückgekehrt. Vor seiner Abfahrt behauptete er u. a. noch folgendes: Durch die Zusammenkunft sei die englisch-französische Freundschaft noch vertieft worden, und er und Macdonald seien als noch bessere Freunde auseinandergegangen, als sie es schon vorher gewesen wären. Die Annahme, daß Frankreich sich hier „Viermächtekonferenz“ widersetzt habe, sei „falsch“ (17). Frankreich habe sich „niemals gewiegert“, an einem freundschaftlichen Meinungsaustrausch der Mächte teilzunehmen. Herriot verteidigt sich jedoch zu der Behauptung, daß Frankreich „keinesfalls der Friedensstörer“ sei. Man sehe das daran, daß Frankreich die Konferenz angenommen habe, während Deutschland, in dessen Interesse die Konferenz hauptsächlich abgehalten werden sollte, die Konferenz abgelehnt habe. Herriot stellt hier wieder einmal die Tatsachen auf den Kopf.

Deutschlands Bedingung.

Am zuständigen deutscher Stelle wird hierzu erklärt, daß die deutsche Regierung aus der Frage des Konferenzortes keine Preisfrage machen wolle. Wenn sich Deutschland aber schon damit abfinden müsse, in Genf zu verhandeln, dann müßte die vorherige Erklärung der Gleichberechtigungsfrage zur Voraussetzung gemacht werden, da gerade in Genf Gefahr bestehe, daß man aus der ursprünglich beabsichtigten Gleichberechtigungskonferenz möglicherweise in die eigentlichen Abrüstungsverhandlungen hineingeleitete würde, wodurch dann der alte Zustand wiederhergestellt würde.

Kein „ärmer Tisch“, geschweige denn ein „runder Tisch“, sondern überhaupt kein Tisch stand in dem Zimmer, in dem die englisch-französische Konferenz in London stattfand. Diese weiterführende Tatsache wird in der englischen und französischen Presse ausdrücklich vermerkt, daß irgendwelche protokolllarischen Ausdrücke nicht gemacht werden konnten, so daß es sich bei den Besprechungen nicht um offizielle Verhandlungen, sondern um einen „offenen und herzlichen Meinungsaustrausch“ gehandelt hat. Sappische ist, daß bei diesem „herzlichen Meinungsaustrausch“ nicht ein „herzliches Verständnis, eine Entente cordiale“, gemeint ist, ein Wort, das ja für Deutschland einen bösen Klang hat. Bevor Deutschland die Einladung nach Genf annimmt, wird es sich vor allem die Gewißheit verschaffen müssen, daß es in London nicht einer irgendwelchen gearteten englisch-französischen Front in der Frage seiner Gleichberechtigung gegenübergestellt wird, denn dann würden ihm die Gesamtinteressen des Völkerbundes durch die Verhinderung der Verhandlungen zum Nachteil Deutschlands nur schwer behindern können.

Mächte-Einigung gegen Deutschland!

Deutschlands Einfluß in Genf soll noch mehr vermindert werden.

In den geheim geführten Verhandlungen des vierzweigliedrigen Genfer Ausschusses für die Neubildung der politischen Leitung des Völkerbundes ist jetzt die weitere Bildung der deutschen Interessen entwirrt. Die Vereinbarung acht grundsätzlich dahin, daß in Zukunft neben dem Generalsekretär zwei stellvertretende Generalsekretäre und drei Untergeneralsekretäre aufgestellt werden sollen. Von diesen sechs Posten werden fünf von den Vertretern der Großmächte und einer von dem Vertreter einer kleineren Macht besetzt. In internationalen Kreisen wird jetzt mit der Ernennung des französischen Generalsekretärs als dem ersten Schritt der Einigung gerechnet. Der letzte Versuch von deutscher Seite, eine Einschaltung des deutschen Untergeneralsekretärs in die politische Leitung durch Schaffung eines Zentrums herbeizuführen, in dem die drei Untergeneralsekretäre abwechselnd den Posten des stellvertretenden Generalsekretärs bekleiden sollen, ist im Ausschusse keine Beachtung gefunden worden. Die deutsche Meinung bedeutet eine Einigung zwischen England, Frankreich und Italien mit den kleineren Mächten über den Kopf der deutschen Vertreter hinweg. Der deutsche Einfluß würde sich im Völkerbundsekretariat nach dieser Regelung gegenüber dem bisherigen Zustand sogar noch verschlechtern, da die Stellung des deutschen Untergeneralsekretärs durch die Schaffung von zwei stellvertretenden Generalsekretären noch mehr herabgemindert wurde. Genso dürfte der deutsche Untergeneralsekretär in Zukunft mit der Leitung politischer wichtiger Abteilungen nicht betraut werden.

Italien verlangt Gerechtigkeit für Deutschland.

Eine sehr bemerkenswerte Erklärung Aloisii.

In einer Unterredung jetzt sich der italienische Kabinettschef und Hauptvertreter Italiens in Genf, Baron Aloisi, für die Revision des Versailler Vertrages und die Annullierung der deutschen Gleichberechtigung ein. Daß der Versailler Vertrag nicht ewig bestehen könne, ist schon dadurch bewiesen, daß bereits wichtige Einzelheiten — so die Reparationsklausel — revidiert worden seien.

Italien begünstige die Revision der Friedensverträge, weil diese völlig unbillig gegen Deutschland und Ungarn seien. Italien habe keine bevorzugten Sympathien für die eine oder andere Partei in diesen Staaten. Jede Regierung in Deutschland oder Ungarn könne auf Italiens Unterstützung in ihrem Kampfe um die Gerechtigkeit rechnen.

Deutschland sei gezwungen gewesen, sich von der Abrüstungskonferenz zurückzuziehen, wenn ihm nicht volle Rechtsgleichheit in Nützlichkeitsangelegenheiten gewährt würde. Wenn Deutschlands Forderung nach voller Gleichberechtigung erfüllt werde, so werde das gegenseitige Vertrauen zwischen den Staaten wieder erwachen, und viele andere politische Fragen würden gelöst werden.

Der Prozeß vor dem Staatsgerichtshof

Bumle behält sich die Entscheidung über die Beweisangebote vor. Im Prozeß vor dem Leipziger Staatsgerichtshof gab Präsident Dr. Bumle bekannt, daß sich der Staatgerichtshof die Entscheidung über die Beweisangebote dem Reichsgericht vorbehalten hat. Minister unter dem Druck der WEDW, gehen sich, noch vor behalten haben. Er möchte jedoch von den Vertretern der Reichsregierung noch erläutert haben, ob ihre Erklärungen so zu verstehen seien, daß sie sowohl etwaige Beziehungen zwischen dem Reichsminister und Stiller unmittelbar oder auch mittelbar umfassen, und ob die Erklärungen auch behr Geltung hätten, das solche Beziehungen von Seiten des Reichsministers aus nicht vor Übernahme des Reichsministeramtes stattgefunden hätten. Dr. Bumle forderte dann, daß die Beweisangebote von preussischer Seite noch kontrolliert gestellt würden. Der Staatsgerichtshof habe an sich Bedenken, Schleicher und Papen zu laden. Er müsse sich aber bei einigermaßen later Untastung vor vorbehalten, auf die Aussagen auf Ladung Stillers, Brandt und Gleichens zurückzukommen.

Dr. Gottheiner gab eine Erklärung ab, in der es heißt: Die Verordnung vom 20. Juli ist als eine vorübergehende Maßnahme gedacht und nicht für die Dauer. Es ist der dringende Wunsch der Reichsregierung, den gegenwärtigen außerordentlichen Zustand durch einen normalen Zustand herbeizuführen zu haben. Das Land Preußen hat im Reichsministerium eine geschäftsführende Landesregierung, und der Landtag besteht weiter.

Die Funktionierung zwischen Regierung und Landtag sei die, daß sich bisher im Landtag keine arbeitsfähige Mehrheit für positive Beschlüsse ergeben habe. Der Standpunkt des Reiches in der Frage der Wahlmänner ernennungen wurde von Dr. Gottheiner dahin zusammengefaßt, daß die kommissarische Regierung ungedacht ihres provisorischen Charakters berechtigt sei, Maßnahmen mit dauernder Wirkung zu treffen.

Der Staatsgerichtshof ging dann zu der Behandlung der Vorbedingungen über, die für die Behandlung des Absatzes 2 des Artikels 48 notwendig sind. Dr. Bumle verfuhr verschiedene Fragen auf. Dr. Gottheiner erklärte Dr. Gottheiner: Es wird behauptet, das Reich habe die Zustände, die zu den Maßnahmen vom 20. Juli geführt haben, selbst verschuldet. Die Reichsregierung tritt dieser Auffassung entgegen. Die Zustände, die bereits seit geraumer Zeit in Deutschland herrschten, waren verursacht durch

die völlig einseitige Behandlung einer großen nationalen Bewegung.

Sie haben Veranlassung gegeben, unangehören Erregung zu schaffen. Da hat die Reichsregierung es für notwendig erachtet, ein Ventil zu schaffen, um diesem Explosionsstoff Luft zu machen.

Darauf gab Dr. Gottheiner ein Telegramm des Reichsministerpräsidenten Freiherr von Gahl bekannt, in dem es u. a. heißt: Die Darlegungen Zoberings befehligen die wesentlichen Punkte der früheren Angelegenheiten des Reichsministerpräsidenten. Auch Zobering habe sich die Notwendigkeit, zur Wiederherstellung der öffentlichen Sicherheit die Machtmittel des Reiches und Preußens in einer hand zusammenzufassen, „vorstellen können“.

Er, von Gahl, könne sich deutlich erinnern, daß Zobering geäußert habe, er sei persönlich der Ansicht, daß die Einsetzung eines Reichsministerpräsidenten in Preußen nicht vermieden lassen. Der Reichsministerpräsident hebt besonders hervor, daß er von der Unterredung mit Zobering den ihm fast berührenden Eindruck mitgenommen habe, daß „ein politisch so erfahrener Mann wie Zobering den Ernst der Lage im Juni 1932 ähnlich beurteilt habe wie er selbst“.

Eine Erklärung Papens.

Zum Schluß der Debatte gab Gottheiner folgende Erklärung ab: Der Herr Reichsminister hat mich telegraphisch beauftragt, auf die von dem Herrn Vorsitzenden des Staatsgerichtshofes heute an mich als Vertreter der Reichsregierung gerichteten Fragen zu erläutern. Verhandlungen über Verhandlungen der in der Erklärung des Vertreters der Reichsregierung vom 11. Oktober 1932 bezeichneten Art sind weder von mir persönlich noch in meinem Auftrag durch Mittelspersonen erfolgt, und zwar auch nicht vor meinem Eintritt als Reichsminister.

Unerhörte französische Hebe.

„Entschuldigungen“ über die Schutzpolizei. — Eine bestellte Arbeit für die Viermächtekonferenz.

Der Leiter der Völkerbundabteilung im französischen Außenamt, Massigli, griff Deutschland in einer gemeinsamen Sitzung des Genfer Effektivitätsausschusses der Abrüstungskonferenz wegen der „vertrauenswidrigen militärischen Organisation der deutschen Schutzpolizei“ an. Massigli legte eine

größere Anzahl deutscher Flugzeugentwürfe als Grundlage seiner „Beschwerden“ vor und lachte aus diesen Zeitungen und aus den in deutschen Blättern erschienenen photographischen Aufnahmen den „Machtwort“ zu erbringen, daß die deutsche Schutzpolizei „militärisch organisiert“ wäre. Massigli wies insbesondere auf einzelne photographische Aufnahmen von Schutzpolizisten an, die er in Paris gesehen habe. Er behauptete, daß die Organisation der deutschen Schutzpolizei dem Versailler Vertrag widerspreche.

Bei der Berechnung der Effektivität des deutschen Truppenbestandes müßte daher die Reichswehr mit der Schutzpolizei zusammengezehrt werden. Die deutsche Schutzpolizei ist in keiner Weise unerwartet gekommen. Die französische Regierung hat offenbar als Vorbereitung für die kommende Auflösung der Gleichberechtigungsfrage auf der Viermächtekonferenz es für notwendig befunden, die internationale Effektivität auf die angeblichen deutschen Verstärkungen und deutschen Geheimtätigkeiten aufmerksam zu machen.

Dr. Gottheiner fügte hinzu, darüber hinaus lege der Reichsminister Wert auf die Feststellung, daß er sich nach seinem Amtsantritt sehr ernsthaft bemüht habe, alsbald durch Verhandlungen mit den preussischen Landtagsfraktionen eine Regierungsbildung in Preußen, insbesondere durch Einwirkung auf Zentrum und Nationalsozialisten, herbeizuführen. Der Reichsminister nehme dabei insbesondere Bezug auf seinen Brief vom 6. Juni 1932 an den Landtagspräsidenten Stiller. Darauf wurde die Weiterverhandlung auf Freitag vertagt.

Eine preussische Gegenerklärung

Reichsregierung und WEDW. Vor dem Staatsgerichtshof in Leipzig gab Ministerialdirektor Dr. Vrecht, der Vertreter Preußens, eine Erklärung zu dem Telegramm des Reichsministers von Gahl ab, in dem betont worden war, daß keine Verhandlungen über die Beziehungen zu den Nationalsozialisten erfolgt seien. In der preussischen Gegenerklärung wird nun u. a. festgelegt:

Das Telegramm des Reichsministers antwortete nicht auf die Erklärung Preußens, sondern auf die Erklärung des Vertreters der Reichsregierung, welchen Worten die preussische Gegenerklärung nicht zu entnehmen. Die preussische Beweisangebot spreche von Verhandlungen nur hinsichtlich der Unterbringung des Ministeriums von Gahl durch die Nationalsozialisten, und daß solche Verhandlungen stattgefunden haben, keine angeht die öffentlichen Erklärung der Reichsregierung vom 13. und 15. August nicht bestritten werden. Im übrigen lege der preussische Antrag nur, daß bei diesen Verhandlungen den Führern der WEDW die Ausübung des Infanteriekommandos und des Vertreters der Verhandlungen über die Veränderung der preussischen Regierung in Aussicht gestellt worden ist. Dies werde auch in dem Telegramm des Reichsministers nicht bestritten. Daß der Reichsminister oder ein anderer in seinem Auftrag selbst die Verhandlungen mit der WEDW geführt hat, habe der preussische Antrag nicht behauptet. Verhandlungen des Herrn Reichsministerpräsidenten von Schleicher u. a. aus eigenem Antrieb hätten den Anfang gemacht. Der Reichsminister habe aber Inhalt und Ziel der Verhandlungen geklärt. Schließlich habe sich der Reichsminister zu Herren seiner Umgebung wiederholt darüber geäußert, daß er mit Rücksicht auf die der WEDW eröffneten Ausblicken Maßnahmen hinsichtlich der preussischen Regierung und Verordnungen treffen müsse. Hierbei werde — falls notwendig insbesondere die Vernehmung des Herrn Staatssekretärs Brandt beantragt. Herr von Gahl könne alle erforderlichen Aussagen ausfüllen, was er selbst über die Motive des Herrn Reichsministers wisse und die Gewährsmänner, die über diese Motive Auskunft geben könnten.

Die Verhandlung wendete sich dann der dritten Hauptfrage zu, der Frage der Nachprüfbarkeit von Reichs-, Land- und Gemeindefragen. Für die Klager sprachen der Zentrumsvizepräsident Prof. Peters, der Bamber von Zan, ferner die Professoren Dr. Sacconi und Dr. Heller.

Die Verhandlungen wurden dann auf Montag vertagt.

Eine Erklärung der Reichsregierung

Im Prozeß vor dem Staatsgerichtshof in Leipzig gab der Vertreter der Reichsregierung, Ministerialdirektor Dr. Gottheiner, folgende Erklärung ab: „Die Reichsregierung wünscht ein möglichst rasches Zustandekommen einer handlungsfähigen preussischen Staatsregierung, um das Reichsministeramt dann aufheben zu können. Im preussischen Landtag muß eine Mehrheit sich finden, die die Bildung einer handlungsfähigen Regierung ermöglicht. Der Reichsministeramt wird, wie bisher, auf diese Regierungsbildung hingewirkt. Die einzelnen Maßnahmen nach der Richtung hängen von der Entwicklung der politischen Lage, insbesondere nach der Reichstagswahl, ab. Es lassen sich im einzelnen heute von niemandem absehen.“

Ministerialdirektor Dr. Vrecht erklärte demgegenüber, damit sei klar erweisen, daß die preussischen Minister endgültig und nicht, wie behauptet worden sei, vorübergehend abgesetzt wurden.

Strandung eines deutschen Dampfers

Bei den schweren Stürmen der letzten Tage haben sich im Finnischen Meerbusen und an der schwedischen Küste zwei deutsche Schiffstatastrophen ereignet. Der deutsche Motorschoner „Kassel“ erlitt in der Nähe von Wedelars in der finnischen Meerbusen ein Motorschiff und setzte dann Notpegel. Nachdem das Schiff die ganze Nacht unversorgt war, sank am Morgen eine Meile von der Küste und füllte den Maschinenraum mit Wasser, worauf das Fahrzeug kenterte. Die Frau des Kapitäns, die seckant in der Kajüte lag, ertrank sofort. Die Besatzung befand sich an Deck und konnte sich an der Holzabdeckung festklammern. Zwei Matrosen trafen auf den Kiel, wurden aber von den überkommenden Seen weggespült und ertranken. Vier Stunden später mußten zwei weitere Matrosen vor Ermattung den Kampf aufgeben und versanken ebenfalls in den Wellen. Nur dem Kapitän und ein 17jähriger Schiffsjunge wurden nach fürchterlichen Strapazen an Land gebracht, wo sie in einer Fischerhütte Zuflucht fanden.

Bei Dalard an der schwedischen Küste ist der deutsche Dampfer „Sietala“, der sich auf der Fahrt nach Helsingborg befand, gestrandet. Die Besatzung befindet sich noch an Bord. Die Strandung soll nach Angabe der Zeugen von Dalard auf eine fehlerhafte Seekarte zurückzuführen sein.

Wirbelsturm an der Bergstraße.

Der Ort Landenbach schwer heimgesucht. Der Ort Landenbach bei Weinheim an der Bergstraße wurde von einem furchtbaren Wirbelsturm heimgesucht. Im südlichen und östlichen Teile des Ortes wurden 150 Häuser abgedeckt. Etwa 300 Obstbäume wurden umgerissen. Die Straßen sind mit Ziegeln und Schutt bedeckt. Menschenleben sind nicht zu Schaden gekommen.

Die Windhose brach gegen 20.30 Uhr über den südlichen Ortsteil in einer Breite von etwa 200 Meter herein. Innerhalb einer Minute hatte sie sich ausgedehnt. Der in den Obstkulturen angerichtete Schaden dürfte 20 000 Mark betragen. An den Gebäuden sind zum Teil handbreite Risse zu sehen. Infolge sturmschlüssiger lag der ganze Ort während des Unwetters etwa anderthalb Stunden völlig im Dunkel. Der Schaden haben läßt sich im Augenblick noch nicht genau übersehen.

Großfeuer in einer Pflanzfabrik.

Die Erbschaftsrichter bei Ludwigsstadt wurde von einem Großfeuer heimgesucht, das in der Scheune des Pfarrhauses ausbrach. Infolge des Sturmes des Windes füllte die in der Nachbarschaft liegenden, mit Stroh bedeckten Gebäude in Brand gesetzt. Die Wohn- und Wirtschaftsgebäude von fünf Besitzern wurden mit allem Inventar und mit den gesamten Erntevorräten ein Raub der Flammen. Die Ursache des Großfeuers ist noch ungeklärt. Ein großer Lager- und Verdunststuppen in der Pflanzfabrik Gertrude W. in W. m. brannte bis auf den Grund nieder. Es handelt sich um eine riesige Halle von 130 Meter Länge und 30 Meter Breite, in der Tausende von fertigen Pflügen untergebracht waren. Nach dreistündiger Löscharbeit, an der sämtliche Feuerwehren und die Fabrikwehren teilnahmen, konnte der Brand gelöscht werden. Es wird vermutet, das Brandstiftung vorliegt.

Zigeunerhagel in Wartenburg a. d. Elbe

Zigeuner Herzberg auf dem Kriegsfeld. Am Vorabend des Wartenburger Viehmarktes kam es zwischen einigen Zigeunern wegen Familienangelegenheiten zu Auseinandersetzungen. Im Verlauf der Streitigkeiten verletzte der Zigeuner Ludwig Herzberg, ein bereits mehrfach mit Justizhaus vorbestrafter gemäßigter Mensch, mit einem Messer vier Angehörige einer anderen Zigeunerfamilie schwer. Der Chemann wurde durch einen Schnitt an der Halschlagader verletzt. Die Chetran erhielt gefährliche Schnittwunden an der linken Hand. Dem Sohne von Herzberg das Messer über sämtliche Finger der linken Hand. Schließlich feuerte Herzberg jedesmal in die Menge, wobei eine Verwandte des schwerverletzten Zigeuners eine Kugel in den Unterarm erhielt. Herzberg konnte nach einer wilden Jagd schließlich von den Landjägerbeamten festgenommen und dem Polizeistationsinspektors übergeben werden. Die Frau Herzbergs, die Zigeunerin „Kaga“, hat vor kurzem in Berlin einen Raubüberfall auf eine Schneiderin verübt. Sie wird von der Polizei noch gesucht.

Votales und Provinziales.

Steuergutscheine des kleinen Mannes.

Der Einzelhandel müsst 10- und 20-Mark-Gutscheine. Die vom Oktober an zur Ausgabe gelangenden Steuergutscheine für gezahlte Umsatz-, Gewerbe- und Grundsteuern (in Höhe von 40 Prozent) werden den Steuerpflichtigen nur ausgeteilt, wenn sich ein Betrag von mindestens 50 Mark ergibt. Steuergutscheine für kleinere Beträge von 10 Mark und 20 Mark gelangen erst am 30. September 1933 zur Ausgabe. Bei kleineren Steuerzahlungen erhält der Steuerpflichtige also u. U. erst nach einem Jahre die Steuergutscheine. Dabei braucht es sich insbesondere im Einzelhandel, nicht einmal um ganz kleine Betriebe handeln. Die Auszahlung eines Steuergutscheines über 50 Mark erfolgt erst bei einer monatlichen Vorauszahlung auf die Umsatzsteuer von 125 Mark. Diese Vorauszahlung legt einen steuerpflichtigen Monatsumsatz von mindestens 6250 Mark oder einen Jahresumsatz von mindestens 75 000 Mark voraus. Da kaum 5 Prozent der Einzelhandelsbetriebe an diese Grenze heranreichen, hat die Hauptgemeinschaft des Deutschen Einzelhandels gefordert, Steuergutscheine über 10 Mark und 20 Mark ebenfalls sofort und nicht erst nach Ablauf einer längeren Frist auszugeben, um eine gleichmäßige Behandlung aller Steuerpflichtigen zu gewährleisten.

— **Verbilligung der Schulbücher.** Der Unterrichtsausschuß des Preussischen Landtages nahm einen deutsch-nationalen Antrag an, einen Beschluß von Lehrbüchern oder Neuauflagen, nur im Falle dringenden Bedarfs zuzulassen, mit Nachdruck auf die Verbilligung aller Lernmittel hinzuwirken und seinen Zwang zur Anschaffung kostspieliger Materialien im Handbuchslehre- und Zeichenunterricht auszuüben. Abgelehnt wurde jedoch der Teil des Antrages, der eine Einschränkung der Schulausgabe verlangte. Statt dessen beschloß der Ausschluß, die Regierung solle für Ausflüge der Volksschulen Mittel mindestens im bisherigen Umfang bereitstellen.

Annaburg. (Rheinischer Abend) Heute, Sonnabend Abend, veranstaltete der M.G.W.-Annaburg im Goldenen Ring einen rheinischen Abend, nachdem er ein volles Jahr sich nicht in der Dessenliste geteilt hat. Der Rhein mit seinen Reben, seinem Wein und Leben ist das Ziel so vieler Heiselustigen, die es sich eben leisten können. Bei allen übrigen Deutschen herrscht mehr oder weniger der Wunsch, rheinisches Leben kennen zu lernen. Leider bleibt es bei so vielen nur ein Wunsch. Wer kennt nicht das in aller Welt verbreitete schöne Lied: Ein rheinisches Mädchen beim rheinischen Wein, das muß ja der Himmel auf Erden sein! Der Männer-Gesangsverein will versuchen, wie es schon auf der Einladung heißt, seinen Gästen einen Abend zu bieten, der an Lustigkeit und Fröhlichkeit dem Leben am Rhein nicht nachstehen soll. Der M.G.W. hat immer gehalten, was er versprochen hat. Wer nun das ganze Märgelchen auf einige Stunden vergehen will, wer fröhlich unter Fröhlichen sein will, der komme heute zum rheinischen Abend nach dem Goldenen Ring und bringe die nötige gute Laune und Stimmung mit und im festlich geschmückten Saal wird er bei Wein, Bier und Humor einen unvergesslichen Abend erleben.

Annaburg. (Arthur Prell persönlich) Vergessen Sie nicht am morgigen Sonntag den großen lustigen Abend des Westersturmorchesters der Wirtin, Arthur Prell nebst seinem erstklassigen Funkbreitprogramm. Wer ein Freund gesunden Humors ist, der verlässe nicht, sich dieses Anlages, den der Volksmund schlauntes „Anthur“ nennt, einmal persönlich anzusehen. Drei Stunden Lachen sind garantiert, zumal außer ihm auch noch ein sehr gutes Besorprogramm vorgetragen wird, mit ebenfalls bekannten Kräften, die im Randbunt mitwirken. Sie laden Tränen und das tut in der schwereren Zeit bitter nach. Der Vorverkauf hat sehr gut eingeleitet. So daß es zu empfehlen ist, an diesem Abend zeitig zu kommen, um einen guten Platz zu erhalten. Die Barole am Sonntag lautet: Auf zu Prell's Anthur ins Waldschloßchen zu Annaburg.

Annaburg. Der turnerischen und sportlichen Betätigung im Freien sind im Herbst und Winter gewisse Grenzen gezogen. Die Turn-Abteilungen verlegen nunmehr ihre Tätigkeit in die Turnhallen, Helme und Säle. Lehrgänge aller Art für diese Tätigkeiten haben begonnen. Die 2. Gruppe, 8. Bezirk, 2. Kreis im M.T.S.B. hat für kommenden Son-

tag, d. 16. 10., einen Lehrgang für das Mädchen- bzw. Frauenturnen in Annaburg angelehrt. Die Betätigung wird voraussichtlich eine gute sein. Der Beschlus umfaßt Schriftübungen, verbunden mit Gymnastik (Weichball, Stab und Reule), Volks- und Singlänze, neuzeitliches Geräteturnen, heitere Gymnastik, Lauf- und Neckspiele, Sprech- und Bewegungsspiele, Weichballspiel, Turnspiele und Lehrgänge. Gegen 4 Uhr nachm. ist Sitzung im Jugendheim. Besprechung des Geschehenen, zwei Vorträge für die Jugend und Weiterleitung dieses Wichtige werden den Inhalt der Tagung bilden. Beginn 8 Uhr in der Turnhalle. Im Interesse der Jugenderziehung und -bildung können Lehrgänge dieser Art nicht genug gewertet werden.

Kinda. Ein Einbruch wurde in der Nacht zum Freitag bei Weitz, verübt. Die Diebe, von denen bisher jede Spur fehlt, sind durch den Saal, nachdem sie ein Fenster eingestochen hatten, in den Verkaufsraum eingedrungen und haben dort 3 Zigaretten im Werte von 500 M. sowie Kleingeldstücke mitgehen lassen. Die polizeilichen Ermittlungen sind im Gange.

Torqu. (Mittelschulischer Bauwerk vor der Verbilligung bewahrt. Die Instandsetzungsarbeiten am Großen Wendelstein sind jetzt beendet. Das Bauwerk kann, nachdem das Gerüst entfernt ist, wieder in seiner alten Schönheit bewundert werden. Die Arbeiten haben mit einigen Unterbrechungen vier Jahre gedauert. Es war äußerste Zeit, durchgreifende Maßnahmen zur Erhaltung des Bauwerks vorzunehmen, denn die Steinplatten plagten staubförmig ab und die Galerien und Rüstungen zeigten Mängel herabzuführen. Glücklicherweise erwies sich aber der innere Wendeltreppenturm als durchaus ungefährdet. Die Brüstungen der beiden Freitreppen, die großen Figuren an den Treppenspalen, die an den Wendelstein sich anschließenden langen Laufgänge und vor allem die berühmte Wappengalerie, ein einzig dastehendes architektonisches und dekoratives Meisterwerk der deutschen Renaissance, wurden vollständig abgebrochen und heruntergenommen, worauf dann die schwierigen Erneuerungsarbeiten begannen.

Jallenberg, 13. Oktober. Das Auto der von hier ausgehenden Kraftpolizei ist heute vormittag gegen 10.45 Uhr völlig ausgebrannt. Infolge falscher Zündung ist wahrscheinlich der Benzinbehälter explodiert, wodurch die Flammen sofort den Wagen erlöste. Der Fahrer konnte sich retten, auch war der Wagen ohne Postfächer. Mit größter Mühe gelang es dann, den in hellen Flammen stehenden Wagen, der besonders das Gebäude der Reichspolizei gefährdete, auf den freien Bahnhofsplatz zu bringen. Die erste Hilfe der Freiwilligen Feuerwehr brachte dann das Feuer nach dem ersten Löscherlöschen mit Sand durch Wasserbestrahlung zum Stillstand. Eine ebenfalls erlöschene Spritze der Reichsbahn brauchte nicht einzusetzen.

Preßlig, 14. Oktober. Umfangreiche Arbeiten werden z. Bt. von der Deutschen Reichspolizei ausgeführt, indem ein neues Fluchtschild durch die Elbe gelegt wird, das die Leistungen der Fernsprecheinnehmer der Drei Mäuden, Schönen, Dähnitz, Klein-Döben, Cöben, Gersdorf und Schützberg aufnimmt. Um das Kabel vor jeder äußeren Beschädigung zu schützen, sind an den schwersten tiefen Kabelgräben ausgeworfen und im Fluchtschild ist eine Vagerrinne von 1,80 m Tiefe und etwa 3 Meter Breite angebracht worden. Die außerordentlichen Arbeiten der deutschen Reichspolizei verdienen besondere Anerkennung, zeugen sie doch von dem Willen dieser Verwaltung, auch auf dem flachen Lande eine unbedingt zuverlässige Nachrichtenübermittlung zu gewährleisten.

Gilenburg. Töblich verunglückt ist gestern nachmittag der im 50. Lebensjahre stehende Böttchermesser Alfred Ludwig. Er war aus der Bodenkulde seines Stallgebäudes aus ungefähr 2,50 Meter Höhe gefallen und so unglücklich mit dem Kopf auf dem Boden aufgeschlagen, daß sofort der Tod infolge doppelter Schädelbrüche eintrat. Der Unfall ist umso tragischer, als der Verstorbenen kurz vor dem Fest der silbernen Hochzeit stand.

Kirchliche Nachrichten.

Am 21. Sonntag nach Trinitatis:
Annaburg, Nachm. 5 Uhr: Gottesdienst. Herr Pf. Schrock.
Borm. 11 Uhr: Kindergottesdienst.
Pursien. Borm. 9 Uhr: Abendmahl-Gottesdienst.
Katholische Kirche. Sonntag, 16. Oktob., vormittags 8 Uhr Gottesdienst, vorher Beichtgelegenheit.

Bei Aluminium ist's von Nutzen, die Sachen trocken stets zu putzen!



Nach dem Putzen mit einem trockenen weichen Tuch nachreiben!

Zum Putzen und Scheuern nur

ATA

Nehmen Sie zum Aufwaschen, Spülen und Reinigen Henkels

Zurückgekehrt vom Grabe unseres lieben Vaters, Schwieger-, Groß- und Urgroßvaters und Onkels, des **Fortschreiters**

August Jahrbuch,

welcher im Alter von 87 Jahren verstorben ist, drängt es uns, allen Dank zu sagen, welche feiner beim letzten Gang ehrenvoll geschritten. Besonderen Dank dem Arbeiter-Unterstützungs-Verein „Einigkeit“ für die gefällte Musik.

Im Namen aller Hinterbliebenen
Familie Näher.

Naundorf, den 12. Oktober 1932.

Für die uns zu unserer Vermählung dargebrachten Glückwünsche u. Geschenke sagen wir, auch im Namen unserer Eltern, unseren herzlichsten Dank.

Karl Schulze u. Frau
Martha geb. Vogel.

Naundorf/Großtreden, den 12. Okt. 1932.

Wir bringen hiermit zur freundl. Kenntnis, daß die Herren, Ansp. **Erich Schmidt, Annaburg, Ackerstr. 23,** als Abschlußermittler und **Georg Klefflein, Annaburg, Torgauer Str. 21,** als Abschluß- und Inkasso-Vertreter in den Bezirken **Annaburg, Herzberg, Liebenwerda und Umgebung** für uns tätig sind.

Herr **Ernst Martin Weiffen, Annaburg, Postamtstraße 8,** ist aus unseren Diensten geschieden.

Viktoria-Versicherung,
Sübdirektion G. Kain, Leipzig.

Preußisch-Süddeutsche Klassen-Lotterie.

Größte u. gewinnreichste Staatslotterie. 348.000 Gewinne u. 102 Prämien über 114 Millionen RM. Hauptgewinne: je 2 zu 500.000, 300.000, 200.000, 12 zu 100.000, 6 zu 75.000, 20 zu 50.000 usw., ferner 2 Prämien zu je 500.000 und 100 zu je 3000 RM. Ziehung: 1. Klasse am 21. und 22. Oktober d. J.

Loose: $\frac{1}{16}$ 5.— $\frac{1}{8}$ 10.— $\frac{1}{4}$ 20.— $\frac{1}{2}$ 40.— zu haben bei:
Estrich, Staatl. Lotterie-Einnehmer, Jüterbog.

HÜTE

für Herbst und Winter für jeden Geschmack und in jeder Preislage

Gustav Albrecht
Holzdorfer Straße

Photographieren Sie!

Ihre Aufnahmen werden in meiner Dunkelkammer schnellstens entwickelt und kopiert
Drogerie und Photo-Haus
Otto Schwarz,
Torgauer Straße 12

Betttücher!

finden Sie jetzt schon bei mir in großer Auswahl!

Preise und doch Qualitäten!

Betttücher, weiß 2,20 1,70 1,15
Betttücher, farbig 1,50 1,35 1,05

und außerdem die guten Kleider-Barchende, Rock- und Futterbarchende sowie sämtliche warme Unterzieh-Kleidung und meine bekannt guten Ringstrümpfe.

Meine Schaufenster zeigen Ihnen noch viele schöne andere Sachen, ein Blick wird Sie davon überzeugen!

Carl Quehl

Fußball-Abteilung „Vorwärts“

zu Col. Naundorf veranstaltet am Sonntag, d. 16. Okt. im Saale des Herrn Seimide fest

Herbst-Vergnügen,

wozu Mitglieder u. Gäste herzl. willkommen sind.
Kapelle Max Rohr.
Anfang 7 Uhr. Der Vorstand.

Tanz-Unterricht von Geshw. Langer

Annaburg — Hotel Waldschlößchen.
Nächste Tanzstunde Dienstag, d. 18. Oktbr. abends von 8—10 Uhr.

Weitere Anmeldungen von Damen und Herren noch erbeten.



Hotel Waldschlößchen — Annaburg

Sonntag, den 16. Oktober, 20 Uhr:

Lustiger Abend!!

des Meliers-Humoristen vom Randbänkchen
Arthur Preil

Der König des Humors, Bolkalfänger der Mittag, der schon durch seine unzähligen Schallpersönlich, platten bekannt ist. Millionen von Hörern hat er schon durch Randbänkchen ergötzt. Sie lachen Tränen, und liberal, wo Arthur hinkommt, erwartet ihn ein ausverkauftes Haus. Jetzt kommen sicher gute Witze. Mitwirkende: Eena Feld, bekannt durch Randbänkchen, P. Städter, am Klavier, K. Städter, Operettentenor. Sie lachen Tränen. Preise im Vorverkauf im Waldschlößchen: 50 und nummeriert 80 Pf., Arbeitslohn an der Abendkasse 10 Mark. Voranmeldung: 29. Oktober in Falkenberg (Ank.). 28. Oktbr. in Dommitzsch.

Trikotagen u. Wollwaren!

Mit dem kalten Wetter kommt der Bedarf an warmer Unterkleidung. In diesem Jahre sind die Preise für Trikotagen so billig wie noch nie! Ich empfehle in allen Preislagen u. Größen:

Schlüpfer, Unterröcke, Hemdhosen, Strümpfe, Handschuhe, Gamaschen, Unter-Hemden, Unter-Jacken, Unter-Hosen in Normaltrikot, Futter und Plüsch

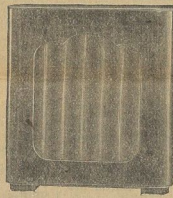
Emil Bortfeld

Warum Radio hören?

Um das Leben angenehmer und abwechslungsreicher zu gestalten. Jeden Tag bringen die Sendestationen eine Fülle neuer und betterer Darbietungen aller Art. Daraus wählen Sie, was Ihnen gefällt und Ihr Leben wird schöner, denn Freude und Erlebnis bringt Ihnen Radio.

Der neue Mende 138

ist zuverlässiger Mittler. Rein und laut im Ton, ohne Störungen unter Ausschaltung anderer Sender. Lassen Sie sich ihn bitte unverbindlich mit dem neuesten magnetischen und dynamischen Lautsprecher bei mir vorführen.



Hermann Meyer sen., Torgauer Straße 7.

Alkohol-Defekation! Sämtliche Ersatzteile! Anoden-Batterien!

Schüttstroh

Handwisch, gut durchgeschüttelt, zu gutem Preise zu kaufen gefodert. Auskunft erteilt:

Wollerei Annaburg.



Ihre Frau meint es gut mit Ihnen!

Sie empfiehlt Ihnen immer wieder gegen Ihren lästigen Raucherkatarrh die ärztlich empfohlene, rasch und sicher wirkende



Zu haben bei:
Apothek A. Schmorde,
Drogerie O. Schwarz
und wo Plakate sichtbar.

Arterien-

verkalkung, Magen-, Harnblinden, Blasen-, Nieren- u. Leberbeschwerden, Darmstörungen, sowie Rheumatisches Licht. Vorgebeugt, größte Erfolge durch den garantiert echten „Nerus“- (ges. gesch.) Knoblauchsaff. Bei Zucker: „Nerus“- Meerrettich-Saft. Große Packung 2,75 Mk. Adler-Drogerie Schön.

Frachtbriefe empfiehlt die Buchdruckerei

Unübertroffen

in Qualität und Preiswürdigkeit sind unsere

Fisch-Marinaden

Wasserlinge 1 Liter-D. 52 Pf.
Bratlinge, 9 Stück, ausgenommen 1 Liter-D. 58 Pf.
Hering in Gelee 1 Liter-D. 63 Pf.
Kostmops 1 Liter-D. 66 Pf.
Kronfardinen 1 Liter-D. 67 Pf.

5 Proz. Rabatt!

J. Säblich's Nachf.

Inh.: Martha Müller, Mühlentstraße 40.

Leupin-Grems und Seife

vorzügliches Hautpflege-mittel, seit Jahren glänzend bewährt bei

Flechte, Jucken,

Anschlag, Krätze, Hamorrhoiden, Beinschäden, Wundsein usw.
Adler-Drog. und Foto-Haus
Inh. Georg Schön.

Radio!

Haben Sie schon die neuesten Lautsprecher „Freischwinger“ gehört? Das Neueste von der Funkenstellung **Nora L 32. Preis 35.— M.**

Mechanischgeräte in allen Preislagen.
Batteriegeräte, moderne, mit 3 Röhren 39.50 M.
Pertrig-Anoden: Pertrig 100 Volt 10.50 -
Titania 100 Volt 6.50 -
Alle Zubehörteile billig!

W. Waisch.

Siehe einige neue Neugeräte sehr billig abzugeben.
200 Zentner **Zutter ruben** 3. Jtr. 40 Bg. verkauf **Richter, Bethau.**
La. Maschinen- und Motoren-Zel **Centrum** für Lederzeug- u. Con-
gigs Federöl fertigung
Nübel für Laternen und
Nachtlampe
Stauerfett
Lederfett
Wagenfett in 1 u. 2 Pf.-
Dosen, sowie lose
empfehl.
J. G. Fritzsche.
Schrankpapier,
gemusiert, empfiehlt
Herrn Steinbeiß.

Mädchen

15 bis 18 Jahre alt für Geschäftshausarbeit gesucht. Angebote an die Expedition dieses Blattes erbeten.

Stachelbeer-Hochstämme

zu verkaufen
Töpferstraße Nr. 2

Eine hochtragende Kuh

steht zum Verkauf.
Mühlentstraße Nr. 31.

Farben
Firnis

Lacke
Pinfel

Schablonen

kauf man am billigsten
und in bester Qualität

nur bei

J. Säblich's Nachf.

Inh.: Martha Müller, Mühlentstr. 40.



Viktoria-Nähmaschinen Anker-Nähmaschinen

in großer Auswahl
Bestes deutsches Fabrikat
Langjährige Garantie!

Kostenloser Unterricht im Nähen, Sticken und Stopfen.
Breite billige! Erleichterte Zahlungsbedingungen.

Fritz Rödler, Markt 20, Fernruf 253

Louis Hofmann

Das Geschäft der soliden, fad-männischen Bedienung garantiert **Bomben-Leistungen in**

Cigarren

und führt jede bekannte Cigaretten- und Tabaksorte.
Beachten Sie meine Auslagen!

Rabatte!

Dapens Pläne.

Überausgehend ist der Kanzler in seiner Münchener Rede mit über die Anhebungen hinausgegangen, die bisher von ihm oder dem Reichsinnenminister über die Reichsreform gemacht worden sind...

Die Notlage der Landwirtschaft.

Der Bundesvorstand des Reichslandbundes hat auf einer am 12. Oktober in Berlin stattgefundenen Sitzung einstimmig eine Entschließung angenommen, in der es u. a. heißt: Der Reichslandbund bekennt sich heute wie stets zum Grundgesetz der autonomen von den Parteien nicht abhängigen Staatsführung...

Agarprogramm der Reichsregierung genehmigt habe, seien auf dem Gebiete des Schutzes der deutschen Agrarproduktion nicht erfüllt.

Arbeitsbeschaffung und Kreditbeschaffung.

Im Laufe seiner Auseinandersetzung mit der Reichsregierung über die Schaffung von Arbeitsplätzen hat das nationalsozialistische Volkswirtschaftliche Finanzministerium an den Reichswirtschaftsminister ein Schreiben gerichtet, in dem es u. a. heißt: Es ließe außer allem Zweifel, daß das Wirtschaftsprogramm der Reichsregierung zu einer endgültigen Beseitigung der Arbeitslosigkeit nicht führen werde...

Allgemeine Viehzählung.

Das Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft hat die Landesregierungen durch Rundschreiben aufgefordert, am 1. Dezember 1932 eine allgemeine Viehzählung in Verbindung damit eine Ermittlung der Viehbesitzverhältnisse zu veranstalten...

Die Reichsregierung stellt zu dem im November Nr. 40 vom 11. Oktober unter dem Titel 'Ländliche Wirtschaft' veröffentlichten Bericht über die allgemeine Viehzählung der früheren Kronländer zum Reichserbe und die daran geknüpften Kontingenzen fest, daß es sich hierbei um ein rechtliches Abnataleigentum handelt...

Die Franzosen der französischen Grenze, die durch die Nationalwirtschaft nicht vollzogen sei. Die Hoffnungen, die die deutsche Landwirtschaft an das durch den Reichsernährungsminister in München verkündete

Wieder wies der Kanzler darauf hin, daß zum mindesten Ansprüche dafür da sind, eine allmähliche Überwindung des allgemeinen Mißtrauens in der Welt herbeizuführen.

Von ganz unmittelbarer wirtschaftlicher Bedeutung sind nun aber die Ausführungen des Kanzlers zur Handelspolitik, die ja zur Zeit eine Schwermutung, vielleicht auch eine Krise durchmacht.

Auf dem Gebiete der Zinsbelastung ist zwar beim Realzins eine teilweise Erleichterung durch Zinsbindung angeordnet worden. Inwieweit auf dem Gebiete des Personalkredits neben der im übrigen auch inzureichenden Senkung des Reichsanleihsatzes eine Erleichterung der Kreditverhältnisse sich anbahnt...

Der Reichslandbund fordert nun, daß die Reichsregierung endlich autonom die Kontingente festsetzt, die durch die Notwendigkeit der deutschen Nahrungsfreiheit bedingt sind.

In der Entschließung wird ferner betont, daß bisher die grundsätzliche Umstellung der deutschen Wirtschaftspolitik von der Weltwirtschafts- und Welthandelsentwicklung zur Nationalwirtschaft nicht vollzogen sei.

Die Schuld der Susanne Mariski

Roman von Margarete Ankelmann

Copyright by Martin Feuchtwanger, Halle (Saale)

Was war das? Was hatte sie gesehen? Hatte ihre Phantasie ihr einen Streich gespielt?

Aber nein, sie wußte es bestimmt, daß sie — für einen kurzen, schrecklichen Augenblick — dieses Gesicht gesehen hatte. Dieses Gesicht, das sie unter tausenden erkennen, das sie nie im Leben vergessen würde!

Aber wie kam dieser Mann hierher? Was hatte er zu suchen unter den östpreussischen Gutsbesitzern? Hatte er ihr nicht erzählt, daß er Kaufmann sei, daß er allein fahre, ohne jeden Anhang?

Und jetzt war er hier, tauchte er auf einmal auf in dieser Gesellschaft, wo eigentlich einer den anderen kannte, in diesem festgelegten Kreis.

O mein Gott, wenn er sie sehen, wenn er sie erkennen würde! Wenn er vor sie hinträte, von der Vergangenheit sprechen würde, von Königsberg...

Und wenn ihr Mann dann von ihm alles erfahren würde! Daß bei diesem Manne zum Opfer gefallen war, als dummes, unwissendes Mädchen! Daß er sie mit seinen Liebesworten, mit seiner so ehrlich klingenden Werbung verführt, daß er sich rührend über angenommen hatte, so lange, bis sie ihm als Beute anheimgefallen war!

Wichtig zog diese ganze schreckliche Zeit an Susanne vorüber. Leo Hansen hatte sie angesprochen, während sie in dem kleinen Staffehaus in Königsberg saß, um die Zeitungen nach einer Stellung zu durchsuchen.

Er schien in dem schönen, blauen Madel von Anfang an die Beute gemittelt zu haben. Und er hatte sich's große Mühe kosten lassen, diese Beute zu erlangen.

Auch hatte er ihr fürstlich ein Zimmer besorgt, und zwar bei einer alten, ihm bekannten Dame, das viel billiger war als ihr kleines Pensionatszimmer und viel schöner.

Dann war er immer und immer wieder gekommen, hatte sie umgibt und umgirt, ihr erzählt, wie sehr er sie liebe, daß er ohne sie nicht mehr leben könne und sie zu seiner Frau machen würde, sobald er erst die versprochene Gehaltsverhöhung erhalten habe, in wenigen Monaten schon.

Die alte, seine Dame hatte nichts dabei gefunden, wenn ihr guter Bekannter des Abends ab und zu eine Stunde bei seiner zukünftigen Frau verbrachte.

Und immer jählicher war Leo Hansen geworden, immer verlebter. Er hatte die Einkäufe, verlassene, verschäuferte Susanne Mariski einzuplinken gewohnt in ein Netz voll Lügen, und er hatte es verstanden, alle ihre Bedenken zu gestreuen, ihre Scheu zu überwinden, bis — ja, bis sie ihm endlich das gewünschte hatte, unfehlbar!

Mit einem Male war er zurückhaltender geworden und kühl. Und als sie ihm jagen mußte, daß sie Mutter werden würde, daß er sie nun bald heiraten müsse, der Scheand wegen, da hatte er sie fast und zynisch von sich gestoßen, und es hatte nichts genützt, daß sie vor ihm gekniet hatte. Er war davongegangen und nicht mehr zurückgekommen.

Susanne hatte es über sich gebracht, in das Haus zu gehen, in dem er ihr einmal seine Wohnung gezeigt hatte. Niemand dort hatte einen Leo Hansen gekannt; auch in dem Geschäft, in dem ihr Freund, seiner Angabe nach, angestellt war, wußte man nichts von einem Angestellten dieses Namens.

Gebrochen, völlig hilflos war Susanne Mariski an diesem Abend in ihr Zimmer zurückgekehrt. Niemand konnte ihr helfen, auch ihre Wirtin nicht, die selbst von dem Wüstling geküßelt worden war.

Dann war das Unheil seinen Weg gegangen — bis zum bitteren Ende.

Susanne erwachte wie aus einem schweren Traum, als Herr von der Lanke vor ihr stand und ihr ein Glas Wasser entgegenhielt.

„In langen, dürftigen Zügen trank sie; dann stand sie auf.“

„Ich danke Ihnen, lieber Herr von der Lanke, nun geht es mir wieder ganz gut. Jetzt möchte ich Sie nur noch bitten, mich in die Saal zurückzuführen. Und, nicht wahr, Sie erzählen nichts von der dummen Ohnmacht; ich möchte meinen Mann nicht unnütz erschrecken.“

„Oh, wir erzählen Ihnen nicht zuviel, Zagenheim. Sie ist wirklich charmant, etwas für Zagen verwöhnten Geschmack!“

Sans Zagenheim stand inmitten eines Kreises junger Juristen, die aus den benachbarten Städten zu Hartmanns großem Fest gekommen waren. Rechtsanwält Zagenheim war unter ihnen wie überall bekannt als großer Frauenkenner, und man wußte, daß er Frauenhöflichkeit besonders zu schätzen vermochte.

„Na, wo ist denn endlich eure geprieseene Schönheit? Ich warte nun schon lange am auf ihren Anblick; sogar mein alter Onkel schreit von ihren Reizen vor sich!“

Sans Zagenheim hatte sein Wundel in das linke Auge geklemmt und sah sich interessiert im Saal um. Er war ein großer, schlanker Mensch mit hellblonden, netzförmig gekräuseltem Haar und einem blonden englischen Schmelzbar auf der Oberlippe. Er sah sehr selbstbewußt aus, und es gehörte eine große Menschenkenntnis dazu, ihn für einen abgebrühten Lebemann zu halten.

Auch jetzt wieder glitten seine hochmütigen Augen abwärts über alle die Frauenkörper, die an ihm vorbeizogen, obwohl er sich hier, in diesem abgehoffenen Kreise, hüte, ebenso dreist und herausfordernd zu sein wie in den großstädtischen Nachtlokalen, zu deren ständigen Besuchern er gehörte.

(Fortsetzung folgt.)

Annaburger Zeitung

Wochenblatt für Annaburg und die umliegenden Gemeinden

Erscheint wöchentlich dreimal, am Dienstag, Donnerstag und Sonnabend, nachm. 3 Uhr.
Bezugspreis wird monatlich festgesetzt.
Bestellungen nehmen alle Postanstalten und die Briefträger, die Zeitungsboten und die Geschäftsstelle Forauerstr. 3, entgegen.
In Fällen höherer Gewalt, Streik, Betriebsstörung usw. erfolgt jeder Anspruch auf Lieferung bezw. Rückzahlung des Bezugspreises.
Fernsprech-Anschluss Nr. 224.

Amtliches
Publikations-Organ



für Amts- und
Gemeinde-Behörden

Die Anzeigengebühr beträgt für den 1 Millimeter hohen Raum 5 Goldpfennig, für außerhalb Wohnende 7 Goldpfennig, für Anzeigen im amtlichen Teil 10 Goldpfennig, im Reklameteil 30 Goldpfennig, einfach, Umhängezettel, Scherzblätter und tabellarischer Satz mit Aufschlag.
Anzeigen Annaburg bis Dienstag, Donnerstag und Sonnabend vormittags 8 Uhr, Anzeigen größeren Umfangs werden tags vorher erbeten.
Telegr.-Adresse: Zeitung Annaburgbezahle.

Nr. 124.

Sonnabend, den 15. Oktober 1932.

35. Jahrg.

Enttüllungen über die abgesetzte Preußen-Regierung Millionen aus der Preußenkasse für politische Propaganda

Der Untersuchungsausschuss des Preussischen Landtags zur Nachprüfung der Geschäftsgabungen des früheren preussischen Finanzministers Dr. Klepper bei der Preußenkassette, der Väterkreditbank und der Domänen-Verwaltungsgesellschaft trat zu seiner ersten öffentlichen Sitzung zusammen. Der Vorsitzende, Abgeordneter Dr. Zube (Dm), erklärte zunächst, daß ursprünglich in Aussicht genommen worden sei, vor den Reichstagswahlen den Ausschuss nicht mehr tagen zu lassen. Er habe aber bereits am 6. Oktober von der Regierung so wichtiges Material erhalten, daß es nach seiner Ansicht der Öffentlichkeit so schnell wie möglich unterbreitet werden müsse.

Im letzteren Geschäftsbuchungsabsatz wandten sich darauf Sozialdemokraten und Zentrum gegen die sofortige Abhaltung der Sitzung. Der Vorsitzende wies sozialdemokratische Vorwürfe wegen parteipolitischer Mißbilligung als nicht zureichend zurück. Von deutschnationaler Seite wurde den Sozialdemokraten erwidert, daß sie offenbar alles Interesse daran hätten, die Vorgänge vor den Wahlen nicht an die Öffentlichkeit gelangen zu lassen. Ein von den Sozialdemokraten geforderter Verzugsantrag wurde gegen die Antragsteller und das Zentrum abgelehnt.

Die Untersuchung wurde vom Preussischen Landtag gefordert, weil der dringende Verdacht besteht, daß, wie es in dem Bericht des deutschnationalen Abgeordneten Ziemer heißt, Klepper aus einem Antriebe seine feststehende auf Veranlassung von Mitgliefern der früheren preussischen Regierung Braun-Firchler und auf Veranlassung führender Politiker, die der Regierung nahestanden, zum Schaden der Preussischen Zentralgenossenschaftsliste und damit indirekt zum Schaden des Preussischen Staates Handlungen begangen hat, die gegen seine öffentlichen Pflichten und teilweise auch gegen das Strafgesetz schwerwiegend verstießen.

- Es handelt sich um fünf Einzelhandlungen, und zwar:
1. das sogenannte „Sonderkonto A“, einen schwarzen Fonds, den sich Klepper durch gewisse betrügerische Manipulationen angeeignet hatte,
 2. die Finanzierung der der Sozialdemokratie nahestehenden Zeitschrift „Magazin der Wirtschaft“,
 3. den „Bau- und Baugewerkschaftsverband“ Dr. Abegg,
 4. das „Zwölf-Millionen-Geschäft der Stadt Köln“ und
 5. die Finanzierung der kölnischen Volkszeitung.

Der Berichtslatter des Untersuchungsausschusses ist der Ansicht, daß diese fünf Fälle nur einen Zeilabschnitt des gesamten Untersuchungskomplexes darstellen, daß aber die jetzt zur Verurteilung stehenden Fälle so schnell wie möglich zur Gänze aufgearbeitet werden müssen.

Zu den einzelnen Punkten führte der Berichtslatter Abgeordneter Ziemer (Dm) aus: Dr. Klepper habe über ein „Sonderkonto A“

verfügt. Dieses Konto sei von Klepper benutzt worden, um ihm Geldbeträge zur Erweiterung persönlicher oder parteipolitischer Tätigkeiten zu entnehmen. Er habe dieses Verfahren sogar noch fortgesetzt, als er preussischer Finanzminister geworden sei. In den Wochen des preussischen Wahlkampfes seien besonders häufig Abgänge von diesem Konto zu verzeichnen. Die während der Ministerkassette Kleppers über den Direktor der Domänenbank Dr. Schmidt, abgehobenen Beträge hätten den arbeitslosen unter dem dringenden Verdacht, als direkte oder indirekte Wahlkampfbudgetentwendungen der drei Negierungsparteien verwendet worden zu sein. Hierfür sei die einzige Vernehmung des Ministers Firchler, des früheren Parteipolitikers Abgeordneten Schöberl de Wente und auch des Ministerpräsidenten Braun erforderlich. Aus dem „Sonderkonto A“ seien u. a. 20.000 Mark dem früheren Ministerialdirektor Dr. Spicker zugeflossen.

Der Bericht wendet sich dann den Vorgängen zu, die mit der wirtschaftspolitischen Wochenzeitung „Magazin der Wirtschaft“ zusammenhängen. Obwohl es weder Aufgabe der Preußenliste noch der Domänenbank sein könne, die Journalistik eines Verfalls Vertriebs zu finanzieren, hätten Klepper und Ziemer, Schmidt eine Regelung getroffen, nach der die Domänenbetriebsgesellschaft über schriftlichen Vertrag im Spätsommer 1929 dem Verfall für das „Magazin 115.000 Mark als Darlehen ausbezahlt habe.

Weiter schildert der Berichtslatter die Herabgabe eines Kredites der Preußenkasse an den ehemaligen Staatssekretär des Innenministeriums, Dr. Abegg.

Mitte dieses Jahres habe die Gesamtsumme 17.600 Mark betragen. Erst Anfang September habe Dr. Abegg die Mittel zur Verfügung seiner Zeitschrift „Magazin der Wirtschaft“ überhandelt der Bank damit erklärt, daß ihm die Verwendung einer Anleihehaltung der Zinsstermie nicht bekannt gewesen sei. Der Berichtslatter ging weiter auf die

Herabgabe eines 12-Millionen-Kredites an die Stadt Köln ein. Dieser Kredit sei bis heute noch nicht zurückgezahlt. Um die Kreditverhältnisse habe sich immer wieder Dr. Abegg unter Einschaltung des Ministers Firchler bemüht. Als durch die Bankentzule vom Juli 1931 auch die Verhältnisse dieses mit dem Aufgabebereich der Preußenliste nicht zu vereinbarenden Geschäftes äußerst schwierig geworden seien, seien auch die obersten Spitzen der Zentrumspartei, Staatsrat Dr. Haas und Reichsminister Dr. Brüning, eingeschaltet worden, die am 31. Juli 1931 den Reichsstaatspräsidenten Dr. Luder ersucht hätten, die Reichsliste zu veranlassen, dieses Geschäft anders als demnach bedingungsweise zu behandeln. Der letzte vom Berichtslatter vorgetragene Fall bezieht sich auf die kölnische Volkszeitung.

In einer Besprechung von Zentrumspolitikern sei darüber verhandelt worden, daß der Preussische Staat zwar demokratischen Zeitungen gegenüber eine offene Hand habe, den Zeitungen des Zentrums gegenüber aber nicht. Um dieser Ungleichheit abzuwehren, sei der Plan erwirkt worden, den Preussischen Staat an der kölnischen Volkszeitung finanziell zu beteiligen. In einer Besprechung zwischen Braun, Firchler und dem Finanzminister Schöberl-Miloff habe der letztere aber eine Verletzung des Staates nicht für möglich gehalten. Präsident Klepper sei daher kontaktiert worden, das Geschäft aus Mitteln der Preußenliste zu machen. Zu diesem Fall sei die Heimbahn dazwischengeschoben worden. Insgesamt seien 2.330.000 Mark aus Mitteln der Preußenliste über die Heimbahn zum Erwerb von Aktien der neuangegründeten Göringhaus-WB (kölnische Volkszeitung) verwendet worden. Zudem seien noch 120.000 Mark für Aktien der Germania hinzugekommen. Es handele sich hier um eine aus parteipolitischen Gründen unter Schädigung der Preußenliste durchgeführte Subventionierung der damaligen Neuerungspresse.

Nach Entgegennahme des Berichts wurde bei der nächsten Sitzung am Dienstag abgehalten und die Materie der kölnischen Volkszeitung zu dem Ministerpräsidenten Braun, die früheren Minister Schöberl und Firchler, Dr. Klepper, Braun, Haas, Haas und der Vorsitzende der Rheinischen Sozialpartei Mönning.

Mit den Stimmen der Nationalsozialisten und Deutschenationalen bei Stimmunterhaltung der Kommission wurde ein nationalsozialistischer Antrag angenommen, wonach die zuständige Staatsanwaltschaft eracht wird, auf Grund des Berichts und des Materials gegen die schuldigen Personen ein Verfahren einzuleiten und diese Personen sofort zu verhaften. Die Nationalsozialisten stellten fest, daß ihr Antrag erster Linie gegen Dr. Klepper richte.

Antrag auf Verhaftung Kleppers dem Staatsanwalt zugewandt

Der Vorsitzende des Ausschusses Dr. Klepper-Il fuhrungsausschusses des Preussischen Landtags der deutschnationale Abgeordnete Dr. Zube, hat der Sitzung des Ausschusses angenommenen Antrag Klepper inzwischen dem zuständigen Staatsanwalt zugewandt. Der Antrag hat endgültig folgende Fassung: Der Ausschuss wolle beschließen, den zuständigen Staatsanwalt mit der Einleitung eines Strafverfahrens gegen den Finanzminister Dr. Klepper und die ihm betriebligen Personen zu beauftragen und die etwa traktat kommenden Personen, soweit Gründe auf Grund der Verhaftung mit Rücksicht auf die Höhe der zu erwartenden Strafen oder wegen Verdunkelungsgefahr vorliegen, verhaften zu lassen.

Wie von zuständiger preussischer Stelle verlautet, hat das Finanzministerium nach dem Bekanntwerden der gegen die Geschäftsführung der Preußenliste und der von ihr abhängigen Institute im Untersuchungsausschuss des Landtages erhobenen Vorwürfe pflichtgemäß eine Untersuchung eingeleitet.

Es sind zunächst die beteiligten Sachbearbeiter vernehmen worden, ebenso wurden die in Frage kommenden

Bankkonten geprüft. Eine Aufklärung des früheren Finanzministers Klepper ist mit Rücksicht auf das Verfahren Preußen-Liste vor dem Staatsgerichtshof bisher noch nicht erfolgt worden.

In der Angelegenheit des Zwölf-Millionen-Kredites an die Stadt Köln hat eine kleine Anfrage der Deutschenationalen der kommissarischen preussischen Regierung Veranlassung gegeben, den Regierungspräsidenten in Köln zu beauftragen, den Oberbürgermeister Kölns um eine Stellungnahme zu ersuchen. Diese Aufklärung sieht noch aus. Die Staatsregierung sei daher zur Zeit zu einer abschließenden Erklärung zu den erhobenen Vorwürfen nicht in der Lage.

Zentralgenossenschaftsliste geht an das Reich über.

Die Beratungen des Reichsministeriums. — Ein Brief des Reichsministeriums.

Das Reichsministerium beschäftigte sich in ihrer wesenheit des Reichsstaatspräsidenten Luder mit einer Reihe von Fragen. U. a. wurde auch das Schreiben des Reichsstaatsbankdirektors an die Reichsregierung, das sich mit den Auswirkungen der Kontingentspolitik befaßt, geleset. Zu diesem Schreiben verlanet an zuständiger Stelle, die Reichsregierung stelle in ihrer Vereinbarung mit der Reichsliste fest, daß über einen internen Bruchschloß keine Auskünfte gegeben werden könne. Das eine oder könne festgelegt werden, das eine Befähigung der Währung nicht behauptet worden sei und auch nicht vorliege. Die Frage der Kontingentspolitik ist als solche wurde im Reichsministerium nicht behandelt.

Das Reichsministerium beschäftigte sich weiter abschließend mit der Beurteilung der Preußenkassette, d. h. mit der Umwandlung der Preußenliste in eine Deutsche Zentralgenossenschaftsliste.

Im gleichen Zuge soll die finanzielle Vereinigung der alljährlich gewordenen Kredite der Preußenkassette erfolgen. Dies soll durch den Erlass einer Verordnung des Reichsstaatspräsidenten geschehen, in der die Reichsregierung zur Ausgabe von Schatzanweisungen für das neue Jahr 1933 mit den hierfür auszugehenden Instituten endgültig auf ein Jahr eine Neuregelung durch verantwortliche Stellen und Genossenschaftlichen der Länder erfolgen. Die Reichsregierung soll die geeigneten Maßnahmen im ganzen Reich vollziehen.

Im Schlußabschnitt des Berichtes werden die Genossenschaftlichen Organisationen der Preußenliste unter Angabe ihrer etwaigen Umsätze aufgeführt.

Nachrichten.

Allgemeines
hat jetzt in einem deutsch-französischen Regierungsausschuss eine Stellung genommen. Es heißt es u. a., daß die Regierung sich für die Verwirklichung der Verhandlungen über den Vertrag über die Währung einer besonderen Kommission beauftragt hat, die sich mit der Frage befassen soll.

In Wina fand ein Projekt der österreichischen Regierung zur Verwirklichung der Verhandlungen über den Vertrag über die Währung eine besondere Kommission beauftragt hat, die sich mit der Frage befassen soll. Die beiden Hauptangelegenheiten erzielten je neun Jahre schweren Fortschritts.

Reichsinnenminister Freißner von Gomb wird von Hof aus eine Besichtigungsfahrt durch das oberrheinische Moselgebiet, vor allem das Waldgebiet des Franenwaldes und des Biedersteiner Waldes, antreten. Auf Bitte der bayerischen Regierung wird sich der Minister selbst von der besonderen Lage in diesen Gegenden überzeugen.

